

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 06.10.2011 um 18.15 Uhr  
im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Bürgermeister Christof (für Oberbürgermeister Müller)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp  
Stadtrat Freitag (für Stadträtin Wachter)

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt (für Stadtrat Böhm)

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Stadtkämmerer Weber  
Bauamtsleiter Graumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos

Stadtrat E. Müller  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Pauluhn  
Stadträtin Stocker  
Ortsprecherin Schlötter

Entschuldigt fehlten: Oberbürgermeister Müller  
Stadträtin Wachter  
Stadtrat Böhm

## Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### 1. Vergabe der Reinigungsleistungen für die öffentlichen WC-Anlagen Bekanntgabe der Vergabe in nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag zur Reinigung der öffentlichen Toiletten vergeben wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen.

### 2. Soziale Stadt, Kitzingen-Siedlung; Grundsatzentscheidung zum Standort des neuen Bürgerzentrums mit Jugendtreff in der Kitzinger Siedlung

- A. Bürgermeister Christof verweist auf den geänderten Beschlussentwurf, der aufgrund der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am Dienstag erstellt wurde, da die Meinungen auseinander gingen und noch diverse Fragen geklärt werden müssen. Darüber hinaus verweist er auf einen Antrag von 10 Stadträten, die bezüglich des Stadtteilzentrums in der Siedlung verschiedene Fragen gestellt haben. Vor dem Sachvortrag von Bauamtsleiter Graumann stellt Stadträtin Schmidt den Antrag, vorab die Präsentation durch Herrn Hahn vorführen zu lassen, so wie diese in der Sitzung AG Soziale Stadt vorgetragen wurde. Bürgermeister Christof bittet hierüber abzustimmen.

#### **B. Mit 4 : 9 Stimmen**

Mit dem Antrag von Stadträtin Schmidt auf Abhaltung der Präsentation besteht Einverständnis.

- C. Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Bauamtsleiter Graumann verweist auf den Grundsatzbeschluss vom Oktober 2010, in der Siedlung ein Bürgerzentrum zu errichten. Seinerzeit ging man noch vom Standort in der Breslauer Straße aus. Nach zwischenzeitlichen Prüfungen und Beratungen wird der den bereits bestehende Standort St. Vinzenz favorisiert. Der Beschlussentwurf geht lediglich von einem Vorzug aus und legt noch nicht den Erwerb des Grundstückes fest. Darüber hinaus ist in Ziffer 3 das weitere Vorgehen dargelegt, wobei auch die Fragen des Antrages vom 24.08.2011 der Stadträte beantwortet werden. Dabei werde ein Umsetzungs- und Finanzierungskonzept erarbeitet, welches die Standorte St. Vinzenz und Breslauer Straße beleuchte und auch die weiteren Angebote der Stadt berücksichtigen soll. Er macht deutlich, dass mit der Beschlussfassung nicht der Erwerb von St. Vinzenz aber auch nicht die Schließung des Bürgerzentrums in der Stadt umgesetzt werde. Stadtkämmerer Weber erklärt, dass bis zum 31.10.2011 der Fördermittelbedarf für Maßnahmen in 2012 des Förderprogramms „Soziale Stadt“ an die Regierung von Unterfranken gemeldet werden muss. Nach dem Grundsatzbeschluss im Jahr 2010, in der Siedlung ein Bürgerzentrum zu errichten, wurden Gesamtkosten in Höhe von ca. 2,3 Mio. € geschätzt. Der vorliegende Beschluss sei unschädlich dahingehend, dass

die Stadt beispielsweise bei einer erheblichen Kostensteigerung aufgrund der weiteren Planung Abstand vom Projekt „Bürgerzentrum Siedlung“ nehmen könne.

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt bedankt sich für die Vorarbeit und berichtigt zunächst, nicht von einem Bürgerzentrum zu sprechen, denn ein solches besteht bereits in der Innenstadt, sondern vielmehr von einem Stadtteilzentrum. Sie bittet, dem Beschlussentwurf zuzustimmen und die Siedlung zu unterstützen, schließlich habe man sich für das Programm Soziale Stadt entschieden, da in der Siedlung ein Bedarf bestehe und diese in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Die Siedlung benötige ein Stadtteilzentrum für die soziale und kulturelle Stärkung. Auch die Bürger im Bürgerarbeitskreis sprachen sich für das St. Vinzenz-Heim aus und sie bittet, die Arbeit der Bürger nicht zu schmälern.

D. Stellungnahme der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt kann sich dem vorliegenden Beschlussentwurf als Ergebnis der Fraktionsvorsitzendenbesprechung im Grunde aussprechen. Gleichwohl müssten noch einige Fragen geklärt werden und verweist auf den Fragenkatalog, den verschiedene Stadträte in einem gemeinsamen Antrag gestellt haben. Auch das Bürgerzentrum in der Innenstadt müsse beachtet werden. Es dürfe zu keiner Verschiebung zugunsten eines Stadtteiles kommen. Darüber hinaus gibt er die Förderung zu Bedenken, da die Förderhöhe nicht feststehe und in Zukunft reduziert werden solle. Im Falle einer Reduzierung sollte auch eine Abspeckung der Maßnahme ins Auge gefasst werden bzw. das Verschieben anderer im Finanzplan enthaltender Maßnahmen.

Als nächstes sei seiner Auffassung nach eine Kostenberechnung nach DIN 276 erforderlich, auch unter Beachtung der Schäden, die in St. Vinzenz vorliegen. Insbesondere der Platzbedarf müsse geklärt werden, der aufgrund der unterschiedlichen Größen zwischen Breslauer Straße und St. Vinzenz nicht ersichtlich sei. Er hofft, dass die zugesagten Konzepte bis zum Jahresende vorliegen und bittet, den Stadtrat über den aktuellen Sachstand auf dem Laufenden zu halten.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser bedankt sich für die gut strukturierte Sitzungsvorlage und die öffentliche Diskussion über das Zentrum, die bislang noch nicht geführt wurde. Die CSU spricht sich für St. Vinzenz aus und kann dem Votum des Bürgerarbeitskreises zustimmen. Seiner Auffassung nach sind noch verschiedene Fragen zu klären. Insbesondere die Konzepte müssen den weiteren Weg aufzeigen. Entscheidend sei für ihn die Finanzierung. Mit Blick auf andere wünschenswerte Maßnahmen müsse die Diskussion hinsichtlich des Erwerbs und der Umsetzung im Rahmen des Haushaltes geführt werden. Im Beschlussentwurf bittet er die Klammer, in der von einer möglichen Schließung von Angeboten gesprochen wird, zu streichen.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich im Grunde für ein Stadtteilzentrum in der Siedlung aus. Sie kritisiert die kurzfristige Vorlage des Beschlusses. Man fordere eine weitreichende Entscheidung, ohne genügend Zeit für eine Diskussion zu haben. Ihrer Auffassung nach müsse das Bürgerzentrum in der Innenstadt bestehen bleiben, was eigentlich Bestandteil des Beschlusses sein müsse. Sie gibt zu Bedenken, dass man nun einen Förderantrag stelle, ohne ein Nutzungskonzept, die Kosten und die Finanzierung zu kennen. Auch die Folgekosten fehlen ihr. Erst nach Klärung dieser Fragen könnte der Beschluss gefasst werden.

Stadtkämmerer Weber macht deutlich, dass man lediglich den Bedarf an die Regierung von Unterfranken melden müsse, um eine Förderung im Jahr 2012 zu wahren.

Ein Antrag werde erst nach der endgültigen Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung und Vorlage eines Konzeptes gestellt werden könne.

Stadtrat Schmidt weist darauf hin, dass im Sachvortrag vom „Antrag“ die Rede sei, worauf Stadtkämmerer Weber feststellt, dass dies in Bedarfsmittelteilung umgenannt werden müsse.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp verweist auf den Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2010, zu welchem die Einzelheiten noch geklärt werden müssten. Vor allem die Fragen der Stadträte aus dem Antrag müssen beantwortet werden. Sie verweist auf die Fördermittel, die nach Mitteilung im Februar 2011 um bis zu 70 % reduziert werden sollen. Beispielsweise standen im Jahr 2011 1,0 Mio. € für 8 Kommunen und im Jahr 2012 1,4 Mio. € für 8 Kommunen zur Verfügung. Sie gibt zu Bedenken, dass bei einer solchen Förderung und Gesamtkosten von 2,3 Mio. € die Stadt über 10 Jahre die Mittel vorfinanzieren müsse. Sie erklärt, dass die Siedlung zwar einen Bedarf habe, jedoch in den vergangenen Jahren mit vielen Investitionen bedacht wurde. Nach Vorliegen der Konzepte müsse man genau abwägen, inwiefern ein Stadtteilzentrum umgesetzt werden könne.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp weist darauf hin, dass sich die KIK das Bürgerzentrum in der Siedlung vorstellen könne. Neben den zwei genannten Standorten wäre jener, welcher bereits im Eigentum der Stadt liege, am sinnvollsten. Beim Vorschlag „St. Vinzenz“ müsse insbesondere der bauliche Zustand und die mit einer Sanierung entstehenden Kosten beachtet werden. Er spricht außerdem eine Energetische Sanierung an. Darüber hinaus müssen die im Antrag gestellten Fragen geklärt werden. Stadtrat Popp spricht die Breslauer Straße als Standort an, der als Gegenpol auf der gegenüberliegenden Stadtseite positiv wirken könne. Erst wenn alle Fragen geklärt sind, könne die KIK eine Zustimmung geben.

f) Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt spricht sich im Grunde für ein Bürgerzentrum in der Siedlung aus – jedoch müssten die von seinen Vorrednern gestellten Fragen geklärt werden.

- E. Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass der Beschluss nach der Beratung in den Fraktionen und Gruppen in der Stadtratssitzung am 13.10.2011 gefasst werde. Stadtkämmerer Weber verweist hinsichtlich der Vorfinanzierung auf 10 Jahre durch die Stadt Kitzingen darauf hin, dass die Förderung durch die Regierung von Unterfranken seiner Auffassung nach auf max. 3 Jahre aufgeteilt werde und eine zeitnahe Abwicklung erfolge. Stadträtin Kahnt stellt den Antrag, die Klammer bei Ziffer 3 – alternativ deren Schließung - zu streichen. Bürgermeister Christof bittet, darüber abzustimmen.

**F. Mit 7 : 5 Stimmen**

Mit dem Antrag auf Streichung der Klammer besteht Einverständnis.

- G. Stadträtin Richter gibt zu Protokoll, dass sie gegen die Streichung gestimmt habe, obwohl sie dies in nichtöffentlicher Sitzung befürwortet hat und vertraut den Ausführungen von Bauamtsleiter Graumann, dass mit dem Beschluss nicht die Schließung des Bürgerzentrums in der Innenstadt verbunden sei.

Stadtrat Schmidt verweist auf einen Zuschuss, den die Stadt Kitzingen beim Bau des St. Vinzenz Heimes gewährt habe. Dieser müsse ebenfalls bei einer Prüfung berücksichtigt werden.

Bürgermeister Christof sagt dies zu.

Bauamtsleiter Graumann stellt abschließend dar, dass man nach dem Grundsatzbeschluss im Jahr 2010, bei dem bereits der Bedarf eines Bürgerzentrums in der Siedlung festgestellt wurde, mit dem vorliegenden Beschluss nun tiefer in die Prüfung einsteigen werde. Er betont, dass bei der Beschlussfassung zur Schaffung eines Bürgerzentrums in der Siedlung vom Oktober 2010 das Bürgerzentrum in der Innenstadt nicht in Frage gestellt wurde. Gleichwohl werde es bei der Prüfung einbezogen. Letztlich liege die Entscheidung beim Stadtrat. Die benannten Fragen der Stadträte werden im Rahmen des Umsetzungs- und Finanzierungskonzeptes, welches bis zum Jahresende 2011 vorliegen soll, behandelt.

Oberrechtsrätin Schmöger bezieht sich kurz auf den Antrag der Stadträte, in dem die Fragen genannt und diese im Rahmen der Prüfung behandelt werden sollen. Auf Nachfrage stellen die Stadträte fest, dass der Antrag nochmals behandelt werden müsse, sie jedoch mit der Bearbeitung im Rahmen der Konzepterstellung einverstanden sind.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass der Antrag in der Stadtratssitzung am 13.10.2011 behandelt und hierzu ergänzend eine Änderung der Tagesordnung sowie eine Beschlussvorlage versandt werde.

### 3. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;

#### Mehrgenerationenhaus im Caritas Alten- und Pflegeheim St. Elisabeth in Kitzingen - Zuschuss an die Stadt Kitzingen

A. Nach den einleitenden Worten von Bürgermeister Christof stellt Stadtkämmerer Weber dar, dass eine Abwicklung direkt über die Stiftung nicht möglich sei, da sonst die Co-Finanzierung der EU wegfallen würde. Aus diesem Grund wickle man den Zuschuss über die Stadt ab und nehme sich die Mittel wieder aus dem Stiftungstopf.

Stadtrat Schmidt fragt nach, ob die Angelegenheit nochmals im Stadtrat behandelt werden müsse.

Oberrechtsrätin Schmöger bejaht dies.

#### **B. Mit 12: 0 stimmen**

Der Gewährung eines Zuschusses der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen in Höhe von jährlich 10.000 € für die Jahre 2012 bis 2014 an die Stadt Kitzingen wird zugestimmt.

Der Zuschuss ist für das Projekt "Mehrgenerationenhaus" im Caritas Alten- und Pflegeheim St. Elisabeth in Kitzingen zu verwenden.

**Bürgermeister Christof schließt die öffentliche Sitzung um 19.35 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer